

Über die langfristigen Folgen des Tsunami sprach GEO-Redakteur Jens Schröder mit den Asienexperten Dr. Christian Wagner und Dr. Kay Möller von der Stiftung Wissenschaft und Politik, einem unabhängigen »Think Tank« der Bundesregierung; mit Dr. Karl Wolfgang Menck, der sich am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv mit ökonomischen Krisen befasst; sowie mit Dr. Patrick Lagadec, Forschungsdirektor an der Pariser Ecole Polytechnique und Experte für Krisenstrategien

GEOEPOCHE: Herr Möller, Herr Wagner – eine These zu den langfristigen Folgen des Tsunami klingt sehr optimistisch: Sie geht davon aus, dass beispielsweise die Bürgerkriegsparteien in Sri Lanka oder Aceh über ihre Zusammenarbeit bei der humanitären Hilfe wieder zueinander finden – so wie etwa die Türkei und Griechenland 1999 nach Erdstößen in beiden Ländern ihren Konflikt entschärft haben. Könnte die Flutwelle in Asien zu einem Katalysator für den Frieden werden?

Kay Möller: Ich bin da skeptisch – und der Vergleich mit Griechenland und der Türkei hinkt leider, denn der Konflikt zwischen diesen beiden Ländern war kein Bürgerkrieg, sondern ein zwischenstaatlicher Streit. Es gibt eine viel deutlichere historische Parallele zur jetzigen Situation, und die stimmt weniger optimistisch: 1970 hat ein Wirbelsturm das damalige Ostpakistan verwüstet. Die Zerstörungen waren wahrscheinlich ähnlich verheerend wie die des Tsunami. Die betroffene Region war damals ein Bürgerkriegsgebiet – und der Streit um die Verteilung der Hilfsgüter hat den Konflikt zwischen Ost- und Westpakistan weiter verschärft. In Bürgerkriegen muss man leider immer damit rechnen, dass jede Seite versucht, eine solche Katastrophensituation für sich zu instrumentalisieren.

In Bürgerkriegsregionen mögen ganze Städte untergegangen sein – der Hass aber bleibt

Aber in Sri Lanka gibt es doch zumindest erste Anzeichen von Annäherungen. Die singhalesische Präsidentin des Landes hat nach der Flutwelle demonstrativ angekündigt, ein tamilisches Waisenkind adoptieren zu wollen.

Christian Wagner: Das sind veröhnliche Symbole, aber daraus lässt sich keine politische Entwicklung ableiten. Auch in der Presse Sri Lankas gibt es jetzt viele Kommentare, dass der Wiederaufbau konflikt sensitiv sein müsse – und so weiter. Das ist alles richtig. Es wird auch Gebiete geben, wo die Bevölkerungsgruppen beim Wiederaufbau zusammenarbeiten. Aber ich sehe nicht, dass solche Gesten die Verhandlungsposition der hauptsächlichen Konfliktparteien verändern können. Im Gegenteil: Die Gegner werden versuchen, aus der Situation ihre Vorteile zu ziehen.

Wie könnte das aussehen?

Wagner: Das Gesamtbild ist sehr komplex. Es gab kurz nach dem Tsunami Fernsehbilder, auf denen offenbar Guerillatruppen und Regierungssoldaten bei Rettungsaktionen zusammenarbeiteten. Eine irreführende Botschaft: Es waren nämlich Bilder aus dem Osten des Landes, wo es eine Abspaltung der Rebellenorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam – LTTE – gibt, die kompromissbereiter ist als die Hauptfraktion der Organisation im Norden.

Die Regierung könnte jetzt gezielt diese Gruppe im Osten in den Wiederaufbau mit einbeziehen, um die Spaltung der Rebellen zu vertiefen und den Einfluss der Hardliner auf den Norden zu beschränken. Dort, im Stammland der Tamilen, könnte die Katastrophe die Macht der LTTE-Rebellen aber eher festigen. Wenn es ihnen gelingt, die Verteilung der Hilfsgüter zu übernehmen, dann wird das ihren Anspruch auf eigene staatliche Strukturen stärken.

Für die internationale Gemeinschaft ist das ein Drahtseilakt: Es muss Hilfe auch in diesen Teil des Landes kommen. Die beste Infrastruktur hat in dieser Gegend die LTTE, auch wenn noch nicht ganz klar ist, wie viele ihrer Versorgungsschiffe und Häfen von der Flutwelle zerstört wurden. Das Dilemma ist: Wenn man mit der LTTE zusammenarbeitet, dann werden die Rebellen daraus Kapital schlagen – was sicher nicht der Konfliktlösung dienen würde.

Im Süden des Landes, der von der Flutwelle am stärksten betroffen ist, stellt sich die Lage noch komplizierter

Rebellen der Bewegung Freies Aceh, irgendwo im Norden Sumatras: Die Guerilleros kämpfen seit mehr als 25 Jahren gegen Truppen der Regierung – und müssen sich seit der Flutkatastrophe auch gegen islamistische Gruppen aus Java behaupten, die gekommen sind, um Hilfe zu leisten und ihre Ideologie zu predigen

dar. Dort ist die Hochburg der JVP, einer buddhistisch-nationalistischen Partei, die auch in der Regierungskoalition vertreten ist. Sie versucht seit Jahren jeden Kompromiss mit den Rebellen zu verhindern und lehnt auch jede ausländische Vermittlung in dem Konflikt rigoros ab – und zwar aus ideologischen Gründen: Sri Lanka ist für die JVP das heilige Land des Buddhismus, und jede Art von föderaler Struktur, auf die sich die Singhalesen mit der LTTE möglicherweise einigen könnten, wäre nach diesem Weltbild ein Verrat an der Staatsidee. Ich befürchte, dass die JVP den Wiederaufbau ihrer Region nutzen wird, um ihre Basis zu verbreitern.

Würde sich der Konflikt in Sri Lanka demnach durch eine solche Entwicklung sogar noch verschärfen?

Wagner: Nein, das wohl nicht. Aber eine Lösung würde weiterhin blockiert. Die JVP hat in der Regierung jetzt schon eine Sperrminorität. Wenn sie noch stärker wird, sind Kompromisse kaum noch möglich. Zudem ist schwer vorzusehen, was geschieht, wenn sich unter den ausländischen Hilfsorganisationen im Süden viele christliche Gruppen tummeln. Es ist durchaus möglich, dass einige dieser christlich-klerikalen Gruppen aus den USA die Waisenkinder in Obhut nehmen, und irgendwann sind das alles Christen.

Das wäre eine Situation, die sich in Sri Lanka sehr stark politisieren ließe. Die JVP könnte etwa vor den fremden Christen warnen, die die Not der Einheimischen für die Mission ausnutzen. Damit könnte sie Ressentiments gegenüber Ausländern verstärken. Und noch wirksamer

als bislang schon die internationalen Vermittlungsbemühungen torpedieren.

Gibt es diese Vermittlungsbemühungen denn überhaupt noch?

Wagner: Möglicherweise jetzt erneut. Denn zumindest in diesem Punkt könnte die Flutkatastrophe einen positiven Effekt haben. Vor dem Tsunami war der Friedensprozess mit internationaler Vermittlung quasi am Ende. Im Dezember 2004 haben die norwegischen Unterhändler bekundet, dass sie ihre Bemühungen aufgeben wollen, weil die Gegensätze nicht zu überbrücken seien. Jetzt sind die Dinge wieder in Bewegung geraten, und es sieht so aus, als würden die Vermittler angesichts der Katastrophe doch noch mal einen Versuch starten.

Aber auch dieser Effekt ist verbunden mit der Hoffnung, dass der Wie-



deraufbau zu einer Annäherung führt. Und diese Hoffnung scheint mir verfrüht. Es gibt ein Argument, das gegen eine solche Entwicklung spricht und das oft übersehen wird: Schon im Sommer 2003 hat eine internationale Geberkonferenz 4,5 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau der vom Bürgerkrieg zerstörten Gebiete in Aussicht gestellt – das Geld sollte nur fließen, wenn die Parteien Frieden schließen. Dieser große finanzielle Anreiz hat quasi nichts bewirkt.

Warum sollte es dieses Mal anders sein? Ich persönlich wäre schon froh, wenn nach dem Tsunami nur der Status quo gehalten werden könnte, das heißt: wenn der Waffenstillstand Bestand hätte. Die Rückkehr der norwegischen Vermittler im Januar ist schon ein sehr positives Signal.

In Indonesien ist ja mit der Provinz Aceh fast ausschließlich das langjährige Bürgerkriegsgebiet des Landes von der Katastrophe betroffen. Sind die Aussichten auf einen positiven Effekt durch den Wiederaufbau dort größer?

Möller: Ich glaube, die Entfremdung der Konfliktparteien voneinander ist auch hier so weit fortgeschritten, dass Hoffnungen in dieser Richtung nicht sehr realistisch sind. 2002 gab es einen Waffenstillstand zwischen der GAM, der Bewegung Freies Aceh, und der Regierung. Es war geplant, den Frieden mit einem Autonomiestatut zu regeln.

Das ist gescheitert. Und zwar sowohl an den Rebellen, die den Wunsch nach einer echten Unabhängigkeit nicht aufgeben wollten, als auch am Militär, das den Waffenstillstand sabotiert hat, weil es ganz eigene Interessen verfolgt: Das Militär möchte sich in Jakarta als Garant für die nationale Einheit darstellen. Und es möchte die eigenen wirtschaftlichen Interessen schützen, die erst durch den Aceh-Konflikt zustande kommen, etwa die Einkünfte als Wachschatz für ausländische Ölfirmen in dem umkämpften Gebiet.

Der Konflikt hat also weitergeschwelt und vor allem die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen – erst unter Kriegsrecht, dann ab 2004 unter einem



Sarglager im thailändischen Ferienort Phuket: Weil Zehntausende Touristen betroffen sind, ist die internationale Anteilnahme außergewöhnlich groß. Das könnte Reformen erzwingen – in umkämpften Regionen ebenso wie bei der Kooperation der asiatischen Staaten

zivilen Notstandsrecht. Dann kam der Tsunami. Die Regierung hat drei Tage gezögert, bevor sie überhaupt ausländische Helfer in das Gebiet gelassen hat. Dann wurde der durch den Bürgerkrieg bedingte zivile Ausnahmezustand aufgehoben, um die Katastrophenhilfe zu erleichtern. Das Militär hat den Konflikt trotzdem weitergetrieben. Die letzte Verhandlungsrunde Ende Januar in Helsinki ist allerdings an der Forderung der Guerilla gescheitert, in fünf bis zehn Jahren ein Referendum über die Unabhängigkeit abzuhalten.

Die Regierung Indonesiens wurde erst 2004 gewählt. Wäre jetzt nicht eine ideale Gelegenheit für den neuen Präsidenten, die Macht des Militärs in Aceh zu begrenzen, eine zivile Verwaltung aufzubauen und sich damit international zu profilieren?

Möller: Das ist im Prinzip richtig. Aber Präsident Susilo Bambang Yudhoyono ist wie seine Vorgängerin abhängig von der Gunst der Militärs. Nicht nur in

Aceh, sondern auch bei Konflikten in anderen Landesteilen, wie etwa in Papua. Zudem ist Yudhoyono ein pensionierter General und hat sich während seiner Militärkarriere in der Aceh-Frage stets zwiespältig verhalten. Von einer anfangs kompromissbereiten Linie ist er irgendwann umgeschwenkt auf einen harten Kurs gegenüber den Separatisten.

Ein nochmaliger Wechsel würde ihm als Schwäche ausgelegt – zumal in Indonesien föderale Modelle genau wie in Sri Lanka nicht mehrheitsfähig sind. Das hat historische Gründe: Die niederländischen Kolonialherren haben noch Anfang der 1950er Jahre mit einigen Provinzen Sonderbeziehungen unterhalten, das Land also quasi föderalisiert, was etwa zum Konflikt auf den Molukken geführt hat.

Seither hat der Föderalismus keine guten Chancen in Indonesien. Wegen solcher innenpolitischer Erwägungen wird der Präsident also nicht viele Zugeständnisse machen können.

Besteht denn die Möglichkeit, dass die Bevölkerung in Aceh im Falle eines guten Krisenmanagements der indonesischen Regierung wieder Vorteile darin sieht, einem großen Land anzugehören?

Möller: Das glaube ich nicht. Die Hilfe des Auslands wird vor Ort als wichtiger wahrgenommen. Gleichzeitig gibt es allerdings islamistische Gruppen aus Java, die jetzt nach Aceh kommen, um ihrerseits Katastrophenhilfe zu leisten – mit dem Ziel, mögliche Imagegewinne des Westens oder auch der Rebellen im Zuge des Wiederaufbaus einzudämmen. Auch hier gibt es also wieder Anzeichen, dass die verschiedenen Lager versuchen, aus der Katastrophe politisches Kapital zu schlagen – die Hilfe zu politisieren. Das findet in solchen Regionen in einem Ausmaß statt, wie wir es uns hier kaum vorstellen können. Die Militärs haben den Rebellen etwa vorgeworfen, Hilfsgüter gestohlen zu haben, was die natürlichement dementiert haben.

Die Situation bleibt also unübersichtlich...

Möller: ...und nicht sehr hoffnungsvoll. Der einzige positive Effekt des Tsunami, den man sich vorstellen könnte, gründet sich auf die weltweite Aufmerksamkeit, die der vergessene Konflikt jetzt wieder hat. Momentan verhält sich das Militär angesichts der Präsenz von Helfern und Journalisten eher zurückhaltend. Das hat mit dazu geführt, dass viele einheimische Nicht-Regierungs-Organisationen – also etwa private Hilfsgruppen –, die unter dem Kriegsrecht aus Aceh abziehen mussten, jetzt zurückkehren können. Solche Strukturen der Zivilgesellschaft könnten wie schon früher als eine Art dritte, ausgleichende Kraft in dem Konflikt zwischen Militär und Rebellen wirken.

Möglicherweise können ja die internationalen Geldgeber Einfluss darauf nehmen, wie stark die Nicht-Regierungs-Organisationen am Wiederaufbau beteiligt werden. Man könnte sich etwa vorstellen, dass Indonesien ökonomisch unter Druck gesetzt wird. Allerdings gebe ich zu, dass ich nicht weiß, wer diesen

Druck ausüben könnte: Der EU fehlen dazu sowohl das Interesse als auch die nötigen Instrumente. Und die USA sind im Rahmen ihrer Anti-Terror-Kampagne bislang vor allem an guten Beziehungen zum indonesischen Militär interessiert. 2004 hat die amerikanische Regierung die Rüstungshilfe für Indonesien wieder aufgenommen. Und jetzt, nach der Katastrophe, hat Washington Transportflugzeuge bereitgestellt, die vermutlich gleich im Land bleiben werden.

Meiner Ansicht nach basiert diese Politik auf einer Fehlinterpretation der Amerikaner, denn das indonesische Militär ist – anders, als man in Washington vermutet – kein Garant für die Einheit des Landes. Und sein Gegner in Aceh, die GAM, ist keine fundamentalistische Terrorpartei, deren Bekämpfung die Amerikaner unterstützen müssten. Meine These ist, dass die Konfliktlinien in Indonesien auch nach dem Tsunami weitgehend unverändert bleiben werden.

Gibt es denn zumindest die Hoffnung, dass in Zukunft wenigstens die Kooperation der betroffenen Länder untereinander vertieft wird?

Wagner: Die südasiatische Regional Kooperation SAARC hat so gut wie gar nicht reagiert. Es gibt daneben auch noch Strukturen wie die Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation, die aber bislang nur Studien über Handelswege betrieben hat. Das wäre natürlich ein geeigneter Rahmen für die Organisation eines Frühwarnsystems.

Möller: In Südostasien hat sich die Regionalorganisation Asean nach dem Tsunami nicht mit Ruhm bekleckert. Am Schluss hat man immerhin die internationale Geberkonferenz in Jakarta organisiert und beschlossen, die staatliche Katastrophenhilfe zu koordinieren. Punkt. Darüber hinaus ist nicht viel zu erwarten. Das liegt zum Teil daran, dass die Mit-

glieder großen Wert auf nationale Souveränität legen und eine stärkere Kooperation allein schon aus diesem Grund nur mühsam vorankommen wird. Das hat man schon beim Thema Waldbrände versucht und ist nicht weit gekommen. Und auch bei der SARS-Krise hat die regionale Zusammenarbeit nur begrenzt funktioniert, auch wenn es ernsthafte Bemühungen gab. Das regionale Krisenmanagement wird nach dem Tsunami also keine spektakulären Fortschritte machen.

Herr Menck, wäre denn nicht zumindest eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Behebung der wirtschaftlichen Schäden infolge der Flutwelle denkbar?

Karl Wolfgang Menck: Das ist schwer zu prognostizieren. Aber aus ökonomischer Sicht muss man feststellen, dass die Flutkatastrophe weit geringere Folgen hatte als etwa die SARS-Epidemien seit dem Jahr 2003. Der Tsunami hat ja vor allem kleine Besitztümer armer Leute zerstört, die nicht versichert waren und deren plötzliche Armut auch die Steuerposition der Staaten kaum verändert: Viele der Betroffenen gehören zu einer Bevölkerungsschicht, die ohnehin kaum Steuern gezahlt hat.

In der SARS-Krise wurden dagegen langjährige Lieferbeziehungen, etwa für Lebensmittelexporte, abgebrochen. Und der Fremdenverkehr ist erheblich geschrumpft, weil die Menschen aus Angst vor Ansteckung ihre Reisen in die ganze Region storniert haben.

Bei der Finanzkrise in Südostasien im vergangenen Jahrzehnt waren die Effekte sogar noch extremer: Da wurden erhebliche Werte vernichtet. Allein Indonesiens Wirtschaft ist damals um 13 Prozent geschrumpft. Nach dem Tsunami sehen wir uns dagegen vor allem mit einer humanitären Katastrophe konfrontiert – die allerdings, anders als das Elend in Afrika, direkt auf uns zurückschlägt.

Eine Hoffnung bleibt: dass der Tsunami den Blick der Welt auf vergessene Konflikte lenkt

Soll der Wiederaufbau gelingen, müssen lokale Initiativen international finanziert werden

Kann man das wirklich jetzt schon absehen – dass die Volkswirtschaften der Region von der Jahrhundertkatastrophe langfristig kaum betroffen sind?

Menck: Es wird – mit Ausnahme der Malediven vielleicht – nur eine kleine Delle im Wachstum geben. Nach einer Prognose der Asiatischen Entwicklungsbank werden die Steigerungsraten der Bruttosozialprodukte um einen Prozentpunkt oder weniger zurückgehen. Dann kommt der Wiederaufbau, der erfahrungsgemäß Wachstum fördert, weil er Nachfrage schafft. Die Börsenindizes der Region waren in den Tagen nach der Welle alle ein bis zwei Prozent im Plus – das macht auch Sinn, denn die Aktienkurse sind eine Spekulation über zukünftige Gewinne.

Wenn man es zynisch formulieren will, könnte man fast sagen: Die Katastrophe wirkt in gewisser Weise wie ein Konjunkturprogramm. Und die Thailänder haben das schon explizit so gesehen, haben ein Notbudget aufgestellt, Steuererleichterungen veranlasst und so weiter. Die nutzen den Wiederaufbau ausdrücklich als positiven konjunkturellen Effekt in einer Phase, wo sie ohnehin schon hohe Wachstumsraten haben.

Jetzt sprechen Sie von Thailand. Aber Länder wie Indonesien oder Sri Lanka sind ja in ihrer Wirtschaftsstruktur eher noch Entwicklungsländer.

Menck: In beiden Fällen wird es zwar mehr darauf ankommen, wie der Wiederaufbau von außen mitfinanziert wird. Aber dass er finanziert wird und dass er auch rasch vorangehen wird, darin sind sich die Experten weitgehend einig.

Und gerade Indonesien hat ja – natürlich nur wirtschaftlich gesehen – eigentlich Glück gehabt: Die Welle hat ein Gebiet getroffen, das ökonomisch für das gesamte Land nahezu unbedeutend ist. Als Bürgerkriegsregion war Aceh für wirtschaftliche Investitionen ohnehin nicht interessant, weil da geschossen wird. Die Ölquellen der Provinz liegen alle vor der Küste. Die Öltanker sind in den Tagen nach dem Unglück alle planmäßig ausgelaufen – das muss man sich mal vorstellen!

Selbst wenn das extremste Szenario wahr würde, nämlich dass die Regierung in Jakarta die betroffenen Gebiete aus politischen Gründen einfach verfallen ließe, bliebe die indonesische Wirtschaft davon fast unberührt. So schlimm die Probleme für die Menschen auch sein mögen: Für die Volkswirtschaften sind die ökonomischen Probleme gering, für die Weltwirtschaft sind es insulare und vom Umfang her völlig marginale Ereignisse.

Das gilt für den großen Rahmen, aber...

Menck: Natürlich, die betroffenen Menschen stehen vor existenziellen wirtschaftlichen Problemen. Aber auch im Kleinen gibt es für den Wiederaufbau eigentlich ganz gute Bedingungen – vor allem, was die Motivation der Menschen angeht. Die meisten der Betroffenen erwarten ohnehin nicht viel von ihren jeweiligen Regierungen und packen den Aufbau einfach an. Und diese Flexibilität erwächst absurderweise gerade aus dem Staatsversagen in den meisten betroffenen Regionen. Bei uns würden viele Leidtragende erst einmal abwarten, was sie an Hilfe erwarten können.

Ein kritischer Punkt ist allerdings, wie das Geld konkret verwendet wird: Wie viele Mittel aus dem Staatshaushalt sollen beispielsweise für den Aufbau von Randregionen bereitgestellt werden? Soll man Orte etwa in der Provinz Aceh, deren wirtschaftliche Grundlage weggespült und deren Bevölkerung zu einem großen Teil umgekommen ist, an der gleichen Stelle wiederaufbauen – oder das Geld anders investieren? Wie viel Geld soll für ein Tsunami-Warnsystem bereitgestellt werden, das nach aller Wahrscheinlichkeit in den nächsten 100 Jahren nur Geologen und Physikern nützen wird? Das sind alles ökonomische Entscheidungen, die in solchen Ländern sehr stark polarisieren können.

Relevante Einbußen wird es aber sicherlich in der Tourismusbranche der Region geben.

Menck: Der Tourismus ist tatsächlich ein Sonderfall, weil dieser Wirtschaftszweig unmittelbar getroffen wurde. Doch auch hier werden die langfristigen Folgen weit weniger schlimm sein als befürchtet. In Thailand macht der Fremdenverkehr nach vorsichtigen Schätzungen kaum mehr als fünf Prozent des Bruttosozialproduktes aus. In allen anderen betroffenen Ländern – außer den Malediven – noch weitaus weniger. Und die ganze betroffene Re-

Ein tonnenschwerer Kutter auf der Küstenstraße vor Banda Aceh. Schäden dieser Art treffen nicht nur die Fischer, denen die gestrandeten Schiffe und Boote gehören. Sie überfordern auch die örtlichen Banken, denen es an Kapital mangelt, um Ersatz oder aufwendige Reparaturen zu finanzieren

gion hat am Welttourismus gerade mal einen Anteil von drei Prozent.

Viele Reisende haben ihre Buchungen für die Region storniert.

Menck: Zunächst schon, weil das Ausmaß der Zerstörung nicht sofort überschaubar war. Aber Touristen haben ein extremes Kurzzeitgedächtnis für Katastrophen, das wird auch jetzt wieder der Fall sein.

Wichtig nach diesem Tsunami war, dass die europäischen Reiseveranstalter ihre Gäste sehr schnell aus dem Gebiet herausgeholt haben, teilweise mit eigens dafür organisierten Militärmaschinen. Das hat viel Vertrauen geschaffen oder erhalten. Außerdem hat die World Tourism Organization schon analysiert, dass viele Besucher eine Art langfristige Solidarität zu den betroffenen Gebieten ha-

ben und dass es eine starke Bindung der Kunden an bestimmte Orte gibt.

Außerdem hatten die Experten für dieses Jahr aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung einen Boom des asiatischen Regionaltourismus erwartet – ein Effekt, der ein mögliches Ausbleiben der Gäste aus Europa durchaus wettmachen könnte.

Dazu kommt noch ein letzter Aspekt: Der Zeitpunkt des Tsunami hätte aus Sicht der Tourismusbranche noch viel schlimmer sein können. Die Buchungssaison in Europa läuft erst im Frühjahr richtig an – die betroffenen Regionen hatten gerade noch genügend Zeit, ihren Auftritt auf den Tourismusmessen dieser Katastrophe anzupassen. Nun können sie dort die Fortschritte des Wiederaufbaus präsentieren oder auch die vielen Reiseziele in den Vordergrund

stellen, die von der Flut völlig unberührt geblieben sind – etwa Goa, Bali oder die thailändische Ostküste.

Wenn die ökonomischen Effekte langfristig so gering sein werden, ist dann der von europäischen Politikern erwogene Schuldenerlass für die betroffenen Länder überhaupt sinnvoll?

Menck: Schuldenerlass – das ist ein Wort, das immer gut klingt. Bringen würde so etwas meiner Meinung nach überhaupt nichts. Es handelt sich hier um Länder – vor allem Indien, Thailand, Indonesien –, die sehr stark an den internationalen Kapitalmärkten Kredite aufnehmen. Die können sich einen Schuldenerlass gar nicht leisten, weil dann ihre Rankings – ihre Bonitätsbeurteilungen – schlechter und damit ihre Zinszahlungen einschließlich der Risikoprämien



höher würden. Die dortigen Regierungen haben auch schon ganz klar gesagt, dass sie das ablehnen. Die Thailänder haben als Erste ausgesprochen, was sie stattdessen wollen: Handelserleichterungen. Zum Beispiel bei Garnelen, auf deren Import in der EU und den USA sehr restriktive Zölle erhoben werden.

Könnte die Naturkatastrophe dieser Forderung mehr Nachdruck verleihen?

Menck: Ich bin mir sicher, dass wir genau bei dieser alten Streitfrage – Schuldenpolitik versus Handelspolitik – eine langfristige Folge des Tsunami sehen werden: Es wird Bewegung in diese festgefahrene Diskussion kommen.

So eine globale Katastrophe macht ja bestehende Defizite im internationalen System offenbar: Was jetzt, unter Extrembedingungen, schlecht funktioniert, hat schon früher schlecht funktioniert. Wir haben nur nie darüber gesprochen.

Jetzt aber wird intensiv darüber diskutiert, ob und wie Handelserleichterungen diesen Ländern helfen könnten. Die betroffenen Regierungen artikulieren diese Forderungen jetzt erstmals vor dem Hintergrund einer Katastrophe mit globalem Ausmaß und weltweiter Aufmerksamkeit – und zufällig genau im Vorfeld der neuen Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO). Wenn man so will, dann hatte in dieser Hinsicht das Timing des Tsunami wieder etwas Gutes.

Die Katastrophe und ihre Folgen werden die Gespräche bei der WTO-Konferenz mit Sicherheit beeinflussen – und sei es nur unterschwellig, in den Köpfen der Delegierten. Sozusagen als Verstärker für die alten Argumente der Schwellenländer. Und es wird den Industrieländern kaum möglich sein, sich vor dieser Diskussion zu drücken.

Könnte der Wiederaufbau nach dem Tsunami auch Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit in anderen Weltgegenden haben?

Menck: Damit sollten wir rechnen. Bislang verfolgen wir Europäer ja einen entwicklungspolitischen Ansatz, der sich fast ausschließlich an afrikani-



Ein Händler renoviert sein Geschäft im thailändischen Patong: In den vom Tsunami verwüsteten Regionen sind die ermutigenden Folgen internationaler Hilfe schon bald sichtbar – anders als in chronischen Krisengebieten, etwa in Afrika, die jahrzehntelang bedürftig bleiben werden

scher Armut orientiert. Andere Regionen als die ärmsten afrikanischen Länder kommen seit Jahren im Grunde kaum noch als Empfänger in Betracht.

Der Tsunami und die Erfahrungen mit dem Wiederaufbau der Region werden nun mit Sicherheit die Diskussion darüber vorantreiben, ob ein solcher Ansatz auf Dauer sinnvoll ist. Oder ob wir nicht in Zukunft einen Teil der verfügbaren Mittel von vornherein für neue Aufgabenfelder einplanen sollten, etwa die Katastrophenhilfe. Dann würden plötzlich Länder auf die Empfängerliste gelangen, die dort schon lange nicht mehr standen. Nämlich diejenigen, in denen es gerade zu Taifunen, Überflutungen oder Hungersnöten gekommen ist.

Glauben Sie demnach, dass der Kuchen sozusagen neu aufgeteilt wird?

Menck: Diese Frage werden wir uns stellen müssen. Wenn Sie so wollen, schafft eine solche Naturkatastrophe doch eine neue Klasse von Armen, denen

man sehr viel effizienter helfen kann als etwa den Leuten im Südsudan oder im Kongo. In Südasien hat die Welle binnen Sekunden die ökonomische Basis von kleinen Fischern und Kaufleuten zerstört – von Leuten, die vorher zwar nicht im Wohlstand lebten, aber immerhin ganz solide über die Runden kamen.

Wenn man so einem Fischer bei der Finanzierung seines neuen Bootes hilft und wenn man die Straße, auf der er seinen Fang in die Stadt transportiert, schnell repariert, dann braucht er im Idealfall keine weitere Hilfe. Zumindest kann man hoffen, dass diese Hilfe kein Fass ohne Boden ist. Wenn sich diese Erfahrung bewahrheitet, wird das auf viele Entscheidungsträger Eindruck machen.

Sie müssen sich das so vorstellen: Über die Verteilung der Entwicklungsgelder entscheiden ja Politiker. Und die stellen irgendwann bei sich selbst und bei ihren Wählern eine gewisse Ermüdung fest, wenn es darum geht, zum 50. Mal Menschen in einem chronisch

armen Gebiet in Afrika zu unterstützen. Insbesondere, wenn der Grund des Elends dort ein menschengemachter Konflikt ist, der einfach nie enden will.

Die Motivation, Gelder freizumachen, ist für Parlamentarier bei einer Naturkatastrophe eine ganz andere. Die Ergebnisse sind greifbarer. Es wird ganz offensichtlich Not bekämpft, und das oft mit guter Aussicht auf Erfolg.

Aber würde das nicht in eine Spaltung münden zwischen den Armen und den ganz Armen? Gäbe es damit nicht Bedürftige erster und zweiter Klasse?

Menck: Ich würde das Wort Spaltung nicht gern verwenden. Aber es wäre unrealistisch anzunehmen, dass die Entwicklungshilfegelder sich mittelfristig stark erhöhen. Und daher wird es zu Umverteilungsprozessen kommen. Natürlich muss man darüber nachdenken, dass man die Ärmsten der Armen nicht ohne Hilfe lassen kann.

Es wäre aber auch denkbar, dass sich die Ansprüche der Geber- gegenüber den Nehmerstaaten ändern. Dass beispielsweise Entwicklungshilfe an härtere Forderungen und eigene Anstrengungen geknüpft wird. Dass man mehr sichtbare Erfolge erwartet.

Die Flüchtlinge in der sudanesischen Provinz Darfur, die schuldlos Opfer mörderischer Milizen geworden sind, werden das nicht gerecht finden.

Menck: Ob das gerecht ist oder nicht, will ich gar nicht kommentieren. Möglicherweise ist es ungerecht. Aber der Druck wird sich erhöhen, diese Fragen werden kommen. Die Diskussion ist schon lange im Gang, und jetzt wird sie neuen Anschub bekommen.

Das Szenario lässt sich ja weiterspinnen: Wenn Entwicklungshilfegelder künftig flexibler als bislang verteilt würden – gä-

be es da nicht die Gefahr, dass sie nach Interessenlage eingesetzt werden, als Instrument der Außenwirtschaftspolitik?

Menck: Es könnte in der Tat dazu kommen, dass die Entwicklungspolitik einen Teil ihrer Unschuld verliert oder besser gesagt: ihrer vermeintlichen Uneigennützigkeit. Katastrophen wie der Tsunami treffen sowohl arme als auch weniger arme Regionen. Und die Geber könnten ihre jeweilige wirtschaftliche Interessenlage immer wieder neu bewerten.

Wenn man genau hinsieht, tun sie es ja jetzt schon. Nach dem Tsunami haben Regierungen, aber auch private Unternehmen erhebliche Summen bereitgestellt. Der Ex-Siemens-Chef Heinrich von Pierer hat die Industrie persönlich zu Großzügigkeit aufgerufen. Und weshalb? Weil alle genau wissen, dass jede Spende dort peinlich genau registriert wird. Und wehe, sie ist zu klein! Da kann man auf Jahre hinaus raus sein aus dem Markt.

Stellen Sie sich vor, die Katastrophe hätte beispielsweise Nepal getroffen. Oder ein afrikanisches Land ohne große wirtschaftliche Bedeutung. Natürlich hätte es auch dort humanitäre Hilfe gegeben, aber die Dynamik wäre eine ganz andere gewesen. Ein vergleichbar großes Erdbeben in Südamerika hätte dagegen wohl ähnliche Spendenwellen zur Folge gehabt wie jetzt in Südostasien.

Meine These ist, dass die Verbindung zwischen Wirtschaftsinteressen und Hilfsgeldern mit der zunehmenden Bedeutung von Katastrophenhilfe stärker wird. Ob das positiv ist, muss man im Einzelfall sehen. Immerhin würde so eine gewisse Ehrlichkeit geschaffen. Denn die Wirtschaftsinteressen sind ja schon heute vorhanden.

Wie steht es um die Folgen für die innere Struktur der betroffenen Länder?

Menck: Der Wiederaufbau könnte zu einer Revitalisierung des Finanzsektors in der Region beitragen. Viele der betroffenen Menschen sind Fischer, denen man nicht einfach mit ein wenig Saatgut helfen kann. Neue Schiffe, neue Motoren, neue Netze – das sind Investitionen von mehreren zehntausend Dollar pro Person. Die Mikrobanken, die in unterentwickelten Regionen Kleinstkredite vergeben, können diese Finanzierungsaufgaben vermutlich nicht wahrnehmen. Man wird jetzt auch mittelgroße Banken brauchen, um das nötige Kreditvolumen bereitzustellen.

Das Problem ist ja, dass viele Menschen nicht nur ihre Papiere, sondern auch ihre Altersvorsorge verloren haben, die ja in diesen Ländern oft in Schmuck angelegt ist. Das Bankensystem könnte damit einen ganz neuen Stellenwert bekommen. Und das kann im besten Falle stimulierend wirken – vor allem auf eine Schicht, die wir wahrscheinlich Mittelstand nennen würden: kleine Hausbesitzer oder Gewerbetreibende, die damit einen soliden Zugang zu Finanzierungen bekommen würden.

Warum glauben Sie, dass ausgerechnet diese Katastrophe solche strukturellen Veränderungen herbeiführen kann, während sich nach früheren Großereignissen nie etwas geändert hat?

Menck: Die Strukturen in der Zusammenarbeit zwischen armen und reichen Ländern sind ohnehin in Bewegung. Und wenn wir in einigen Jahren zurückblicken, dann werden wir möglicherweise erkennen, dass es die Erfahrungen mit der Katastrophenhilfe nach der Flutwelle waren, die viele Lernprozesse erst wirksam angestoßen haben.

Denn der Tsunami war – das soll jetzt nicht zynisch klingen – eine „saubere“ Katastrophe: Es gibt keine Schuldigen, sodass man sich nicht mit einem Fingerzeig auf deren Untaten ablenken könnte von der eigenen Verantwortung für die in Not geratenen Menschen. Deshalb – und natürlich auch wegen

Für Katastrophenhilfe wird mehr Geld zur Verfügung stehen – für Entwicklungshilfe eher weniger

Die wohl wichtigste Lektion des Tsunami: Die Welt braucht eine gemeinsame Alarmanlage

der Dimension der Opferzahlen – ist der Tsunami eine Gelegenheit, unsere Instrumente der Hilfe neu zu überdenken.

Natürlich hätte man das auch ohne Flutwelle längst anpacken können. Aber manchmal braucht man eben den Knüppel auf den Kopf, um etwas neu zu machen.

Herr Lagadec, als Erforscher von Risiken und Krisenstrategien versuchen auch Sie seit Jahren, aus dem Hergang von Katastrophen Ansatzpunkte für eine bessere Vorsorge zu erschließen. Unterscheidet sich der Tsunami in dieser Hinsicht von früheren Unglücksfällen?

Patrick Lagadec: Diese Krise ist durch Art und Ausmaß in gewisser Weise ein Modellfall, um daraus etwas zu lernen. Es war eine reine Naturkatastrophe. Kein technisches Versagen, keine Schuldigen, kaum Vorwarnzeit. Mehrere betroffene Länder, mit völlig unterschiedlichen lokalen Strukturen, auf die sich Helfer flexibel einstellen müssen. Und Gott sei Dank war kein Megazentrum wie Tokio oder Los Angeles betroffen, sodass alle denkbaren Ressourcen zur Verfügung standen, um den Menschen zu helfen. Nach diesem Tsunami sind nun alle Voraussetzungen gegeben, um intelligente Schlüsse für die Zukunft eines weltweiten Krisenmanagements zu ziehen. Wir sollten diese Gelegenheit nutzen.

Was könnten wir denn aus dem Tsunami lernen?

Lagadec: Es wäre zunächst schon mal hilfreich, wenn wir uns anhand dieser Flutwelle endlich ernsthaft mit einem Grundproblem auseinander setzen würden. Wir haben Pläne und Checklisten für alle denkbaren Katastrophen. Bei Wirbelstürmen wissen wir, wer wofür zuständig ist und was zu tun ist. Das Gleiche gilt für Hochwasser

oder winterliche Kälteeinbrüche. Das ist alles gut und richtig. Aber wir sind schlecht vorbereitet auf das Unvorstellbare. Für Krisensituationen, die es noch nie gab, die den normalen Rahmen sprengen.

Auf so etwas sind wir weder mental eingestellt noch institutionell – denn unsere Institutionen werden von Menschen geleitet, die besonders gut darin sind, Probleme innerhalb eines konventionellen Umfelds mit festgelegten Kompetenzen zu lösen. Wir müssen uns aber auch darauf vorbereiten, dass Katastrophen unser Vorstellungsvermögen übersteigen. Und dass im Krisenfall plötzlich Menschen miteinander kommunizieren müssen, die noch nie zuvor in Kontakt miteinander gewesen sind. Und dass dabei nicht – wie sonst immer – klar geregelt ist, wer welche Interessen hat, wer wie glaubwürdig ist und wer die Führungsrolle übernimmt. So wie im Fall des Tsunami.

Wir müssen uns darauf einstellen, in überraschenden Situationen die Übersicht nicht zu verlieren.

Was ist denn diesmal falsch gelaufen?

Lagadec: Das sollten wir in einer globalen Auswertung ganz in Ruhe analysieren. Schon jetzt kann man sagen, dass es keine geeigneten Kanäle gab, um Alarm auszulösen. Dann ist das Ausmaß der Katastrophe tagelang von Regierungen auf der ganzen Welt unterschätzt worden. Der UN-Koordinator, der Norweger Jan Egeland, musste die Leute regelrecht wachrütteln. Das war schon etwas grotesk angesichts der Lage.

Genauso wichtig ist es übrigens, dass man im nachhinein sammelt, was alles gut gelaufen ist: Mit Sicherheit gab es vor Ort unzählige Beispiele, wo Menschen einander mit guten Ideen geholfen haben. Ich erinnere mich etwa an diesen Fall, dass ein Schulmädchen die Eva-

kuierung eines ganzen Strandes veranlasst hat, weil ihm die Vorzeichen eines Tsunami aus dem Erdkundeunterricht bekannt waren.

Aus solchen Details müssen wir lernen – etwa, weshalb die Menschen der Warnung in diesem Fall vertraut haben und dem Mädchen gefolgt sind. Das sind wichtige Anhaltspunkte für das Studium menschlichen Verhaltens in Krisen, die wir nur würdigen können, wenn wir jetzt schnell mit einer wissenschaftlichen Analyse der Ereignisse beginnen. In sechs Monaten liegt das alles schon zu weit zurück.

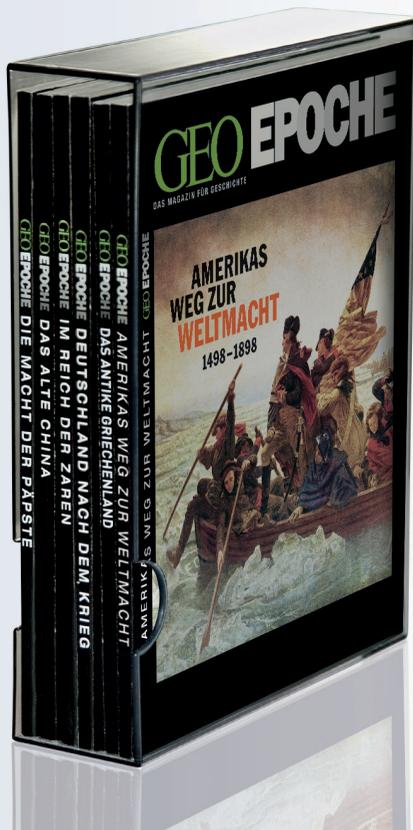
Was müsste denn Ihrer Ansicht nach geschehen, damit die Welt in Zukunft besser gewappnet ist?

Lagadec: Vor allem müssen wir jetzt bei der Nachbereitung der Ereignisse vermeiden, in die üblichen Fallen zu tappen: Ich warne vor zu viel Technikbegeisterung. Ein Tsunami-Frühwarnsystem ist sicherlich wichtig. Aber mit technologischen Vorkehrungen lassen sich vielleicht zehn Prozent des Problems lösen. Wir dürfen nicht einfach nur auf einen Haufen teurer Unterwassersensoren und neuer Faxgeräte mit Notfallnummern vertrauen.

Das Hauptproblem liegt bei den Menschen: Die müssen im Falle einer Katastrophe schneller akzeptieren, dass etwas Ungewöhnliches geschieht – und ihre Warnung an alle potenziell Betroffenen glaubwürdig und kompetent weitergeben.

Warum schaffen die Verantwortlichen das denn bislang nicht schnell genug?

Lagadec: Das hat zum Teil psychologische Gründe: Die meisten Menschen wollen häufig einfach nicht wahrhaben, dass Dinge geschehen, die außerhalb des Vorhersagbaren und Planbaren sind. Deshalb warten sie auf Beweise. Und reagieren möglicherweise zu langsam. Oder sie würden gern handeln, wissen aber nicht, was sie tun können. Das ist eine Erfahrung, über die man jetzt die Mitarbeiter der Erdbebenwarte auf Hawaii oder des thailändischen Meteorologischen Dienstes befragen sollte.



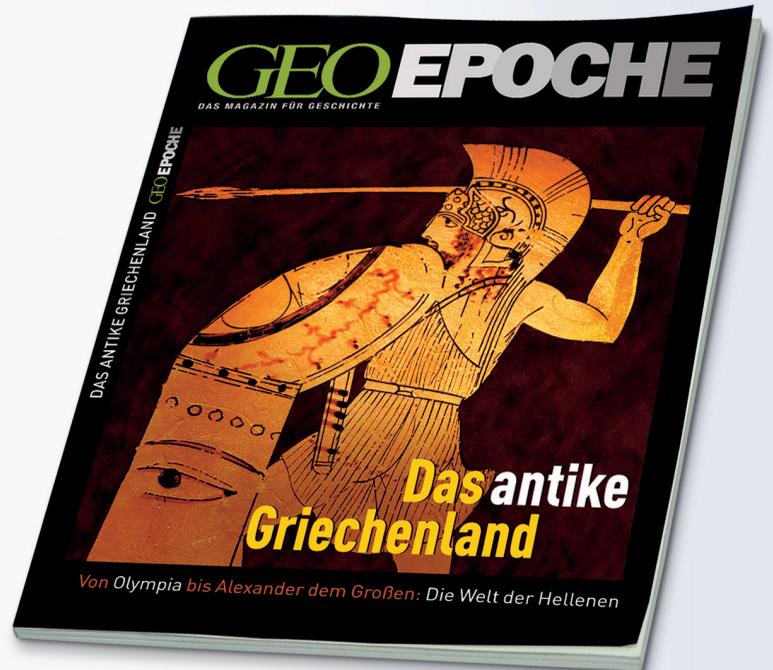
1. Acryl-Sammelbox

Diese praktische Sammelbox schützt Ihre wertvolle Sammlung vor Staub und gibt bis zu 7 Heften einen sicheren Stand.

GRATIS
zur Wahl!

2. GEO EPOCHE – Das antike Griechenland

Die Welt der Hellenen. Das Magazin erzählt von der großen Zeit der griechischen Antike: von den Anfängen der Demokratie, dem Streben nach der Freiheit des Geistes. Aber auch von der Tradition der olympischen Spiele und den Feldzügen Alexanders. Es berichtet von der faszinierenden Vielfalt einer längst vergangenen Zeit.



Jetzt GEO EPOCHE regelmäßig sichern: mit über 13 % Ersparnis + Geschenk!

GEO EPOCHE ist das Geschichtsmagazin von GEO. In jedem Heft erfahren Sie mehr über Alltag, Kultur, Gesellschaft und Wissenschaft wichtiger historischer Perioden. Jetzt 4x im Jahr frei Haus zum Selberlesen oder Verschenken!

Ihre GEO EPOCHE-Abo-Vorteile

- 1 Geschenk Ihrer Wahl!
- Über 13 % sparen!
- Lieferung frei Haus!
- Nach 1 Jahr jederzeit kündbar!
- Geld-zurück-Garantie für zu viel bezahlte Hefte!

So einfach erreichen Sie uns:

in Deutschland
Tel.: 01805/861 80 03 € 0,12/Min.
Fax: 01805/861 80 02 € 0,12/Min.
E-Mail: geoepoche-Service@guj.de

in Österreich
Tel.: 0820/00 10 85
E-Mail: geo-epoche@abo-service.at

in der Schweiz
Tel.: 041/329 22 20
E-Mail: geo@leserservice.ch

Bitte Bestellnummern aus dem Antwortcoupon angeben.
Preise gelten nur in Deutschland. Das Angebot ist gültig,
solange der Vorrat reicht.

Antwortcoupon

Ja, ich bestelle GEO EPOCHE 4x jährlich zum Preis von zzt. € 6,90 (statt € 8,-) pro Heft, zzt. € 27,60 im Jahr (D)/zzt. € 7,60 (statt € 8,80) pro Heft, zzt. € 30,40 im Jahr (A)/zzt. Fr. 13,80 (statt Fr. 15,80) pro Heft, zzt. Fr. 55,20 im Jahr (CH). Zum Dank für meine Bestellung erhalte ich die **Acryl-Sammelbox** oder **GEO EPOCHE „Das antike Griechenland“** gratis (bitte nur ein Kreuz). Die Lieferung der Zugabe erfolgt nach Zahlungseingang. Die Lieferung aller Hefte erfolgt frei Haus. Ich gehe kein Risiko ein, denn ich kann nach Erhalt der 4. Ausgabe jederzeit kündigen. Das Geld für bezahlte, aber nicht gelieferte Ausgaben erhalte ich zurück.

Meine Adresse:

Name, Vorname Geburtsdatum | 19

Straße/Nr.

PLZ Wohnort

Telefon-Nr. @

Ja, ich bin damit einverstanden, dass Sie mich ggf. per E-Mail oder Telefon über weitere Gruner+Jahr-Angebote informieren.

Ich zahle bequem per Bankeinzug:

Bankleitzahl Kontonummer

Geldinstitut

Datum Unterschrift 252589

Adresse des Geschenkeempfängers:

Name

Vorname Geburtsdatum | 19

Straße/Nr.

PLZ Wohnort 252590

Ähnliche Probleme sind auch bei früheren Ereignissen schon offenbar geworden: Eine Untersuchung des britischen Krisenmanagements im Fall der Rinderseuche BSE hat das gut auf den Punkt gebracht. In deren Abschlussbericht steht sinngemäß: „Die große Mehrheit derjenigen, die mit der nationalen Antwort auf die BSE-Krise befasst waren, war subjektiv der Überzeugung, die Seuche stelle für Menschen keine Bedrohung dar. Sie waren in ihrem Innersten davon überzeugt, dass so etwas unmöglich ist.“

Durch solche Hemmnisse geht viel Zeit verloren. Entscheidungsträger sollten psychologisch besser auf das Risiko von scheinbar undenkbaaren Ereignissen vorbereitet werden – sodass die Überraschung nicht ihre Fähigkeit beeinträchtigt, schnell die richtigen Fragen zu stellen.

Lag das Hauptproblem beim Tsunami nicht auch an mangelnden Kommunikationskanälen, über die ein Alarm hätte laufen können?

Lagadec: Das ist der nächste Punkt. Die Amerikaner haben ja während der ersten Stunden versucht, in den gefährdeten Ländern jemanden zu erreichen – sie haben nur nicht gewusst, wen sie ansprechen sollten. Man kann natürlich nicht für jedes Ereignis einen Alarmplan aufstellen. Aber man kann generell Schnittstellen zwischen den verschiedenen Ebenen schaffen.

Denn Krisenmanagement erfordert eine vernünftige Arbeitsteilung: Die Staaten etwa haben die Möglichkeit, Finanzierung und internationale Logistik bereitzustellen, Schiffe mit Rettungshubschraubern zum Beispiel. Vor Ort aber, mit den betroffenen Menschen, arbeiten die privaten Hilfsorganisationen oft viel effizienter. Sie kennen die sozialen Verflechtungen einer Region, haben Kontakte zu Schlüsselpositionen der örtlichen Zivilgesellschaft, wissen, wo welche Ressourcen zu bekommen sind und welche Konflikte bei der Hilfe bedacht werden müssen.

Diese beiden Kompetenzen – die machtvolle staatliche und die flexible,



Wie Sterne leuchten die Ballons mit Kerzen am Nachthimmel: Im thailändischen Ort Takua Pa gedenken die Menschen drei Wochen nach der Katastrophe der Opfer. Noch, so die Kritik mancher Experten, bemüht man sich zu wenig darum, aus den Erfahrungen der Überlebenden Lehren zu ziehen

ortsangepasste der Nicht-Regierungs-Organisationen – müssen besser vernetzt werden. Die Uno hat das schon erkannt und angekündigt, genau diese Schnittstellen zu fördern. Auch das hat viel mit effizienter Kommunikation auf einer Basis des Vertrauens zu tun.

So etwas kann man trainieren: Die Schlüsselfiguren im Katastrophenmanagement müssen kulturell fähig sein, ad hoc mit einem Staatsoberhaupt, einem Mann vom Roten Kreuz, dem Bürgermeister eines kleinen Dorfes oder dem Chef einer gerade erst gegründeten Hilfsorganisation zu reden.

Vergangene Katastrophen haben selten zu fundamentalen Lernprozessen geführt. Einer ihrer Kollegen hat die Ka-

tastrophenhelfer kürzlich mit einem schlechten Fußballteam verglichen, das vor jedem Spiel auf dem Rasen erst mal die Regeln wieder ganz neu lernen muss. Wie kann man das verbessern?

Lagadec: Entscheidungsträger aus verschiedenen Ländern sollten in grundlegenden Schulungen zur Katastrophenhilfe zusammengeführt werden: Leute mit Schlüsselpositionen in großen Netzwerken, Versorgungsunternehmen, Fluggesellschaften, Medien, Gesundheitsbehörden, weit vernetzten Firmen. Wenn man denen das Problem verdeutlicht, wäre schon viel gewonnen.

Eine andere Möglichkeit ist, dass wir versuchen, Parallelen zu ziehen, vielleicht auch ungewöhnliche, um von früheren Erfahrungen zu profitieren.

Tsunamis, Seuchen, Wirtschaftskrisen – aus Desastern müssen global handelnde Helfer lernen

Warum sollte man nicht mal einen Workshop mit den Opfern der argentinischen Wirtschaftskrise von 2001 veranstalten? Das war zwar keine Naturkatastrophe, aber deren Folgen waren in einem Punkt mit der Tsunami-Katastrophe vergleichbar: In einem modernen, relativ wohlhabenden Land brach ganz plötzlich alles zusammen. Wie haben die Leute da im Detail reagiert? Welche Ideen haben sie gehabt, und welche haben funktioniert und welche nicht? Und so weiter.

Das sind natürlich recht spezifische Erkenntnisse, die sich möglicherweise schlecht auf einen anderen Fall übertragen lassen.

Lagadec: Aber man kann aus der Reaktion der Argentinier möglicherweise doch gewisse Lehren ziehen auf die grundlegende Grammatik menschlichen Krisenverhaltens. Wir können ja nicht warten, bis wir einen Plan für alle Eventualitäten der nächsten 200 Jahre haben. Wir leben nun mal in einer Welt, in der das Katastrophenpotenzial stark gestiegen ist.

Nehmen Sie nur mal das Szenario eines abrupten Klimawechsels, das Meteorologen durchaus für möglich halten. Sind wir auf so etwas bestmöglich vorbereitet? Natürlich gab es schon immer Katastrophen. Aber heute sind wir abhängiger denn je von Netzwerken wie der Stromversorgung oder Signalsystemen im Luftverkehr und der Schifffahrt. Solche Netze sind anfällig für Naturkatastrophen, technische Fehler oder auch terroristische Anschläge. Mit unserer Abhängigkeit von Netzen wächst auch das Risiko.

Das klingt sehr pessimistisch.

Lagadec: Ist es aber nicht. Das chinesische Wort für Katastrophe heißt frei übersetzt „gefährliche Chance“. Und da ist viel Wahres dran. Wir müssen uns der Gefahr einer Krise bewusst werden. Aber wenn sie eintritt, müssen wir sie so schnell wie möglich auch als Gelegenheit begreifen, unsere Abwehr zu verbessern. □

FOTOVERMERKE NACH SEITEN

Anordnung im Layout: l. = links, r. = rechts, o. = oben, m. = Mitte, u. = unten;

TITEL: Hellmut Issels/Icon Images

VORSATZ VORN: Paolo Pellegrin/Magnum/Agentur Focus

INHALT: John Russell/AFP/Getty Images: 4; Benjamin Lowy für The New Yorker/Corbis: 5 o.; Luis Enrique Ascui/Reuters/Corbis: 5 m.; Romeo Ranoco/Reuters/Corbis: 5 u.

ALS DAS LAND IM MEER VERSANK: Paolo Pellegrin/Magnum/Agentur Focus: 10/11, 30/31; Bolch und Dukland/Anzenberger: 12/13; Hellmut Issels/Icon Images: 14/15; Joanne Davis/AFP/Getty Images: 16/17; Bedu Saini/Serambi Indonesia/AP: 18/19; STR/AFP/Getty Images: 20/21; Eugene Hoshiko/AP: 22/23; Punit Paranjpe/Reuters/Corbis: 24/25; Dermot Tatlow/laif: 26/27; Beawiharta/Reuters/Corbis: 28/29; Shaul Schwarz/Getty Images: 32/33; Luis Enrique Ascui/Reuters/Corbis: 34/35; Dimas Ardian/Getty Images: 36 o.; Paula Bronstein/Getty Images: 36 u.; Barbara Walton/epa/picture-alliance: 37 o.; Johannes Simon/ddp: 37 u.; Patrick Aventurier/Gamma: 38/39; Gurinader Osan/AP: 40/41; Andrew Wong/Getty Images: 42/43; Emmanuel Dunand/AFP/Getty Images: 44/45

DER WEG DER WELLE: GFZ Potsdam: 46/47; Cory Lum: The New York Times: 50; www.asiansunami.com: 54; Frans Dellian/AP: 55 o.; Bedu Saini/Serambi Indonesia/AP: 55 u.; AFP/Getty Images: 56 o.; Benjamin Lowy/Corbis: 56 u.; John Stanmeyer/VII: 57; Esdras M. Suarez/The Boston Globe: 58/59; Namas Bhojani/OnAsia.com: 62 o.; Indian Coast Guard/Reuters/Corbis: 62 u.; Aijaz Rahi/AP: 63 o.; Manish Swarup/AP: 63 u.; Hellmut Issels/Icon Images: 64; Abaca/dpa/picture-alliance: 65; AFP/Getty Images: 66 l.; J.T. und Caroline Malatesta/www.waveofdestruction.org: 66 r.; AP/APTN: 68; John Russell/AFP/Getty Images: 69; James Robert Fuller/Corbis: 70; Ernest Rodriguez/www.waveofdestruction.org: 71 o.; Patrick Aventurier/Gamma: 71 u.; Doppelseite 72/73: 1. Reihe von links nach rechts: Kin Cheung/Reuters/Corbis; Adrees Latif/Reuters/Corbis; Patrick Aventurier/Gamma; Gamma; 2. Reihe von links nach rechts: Paul Hahn/laif; Patrick Aventurier/Gamma; Barbara Walton/epa/picture-alliance; Adrees Latif/Reuters/Corbis; 3. Reihe von links nach rechts: Rex Features; Paula Bronstein/Getty Images; Surapan Boontharom/Gamma; Luis Enrique Ascui/Reuters/Corbis; 4. Reihe von links nach rechts: Paul Hahn/laif; Luis Enrique Ascui/Reuters/Corbis; Patrick Aventurier/Gamma; Adrees Latif/Reuters/Corbis; Gautam Singh/AP: 74/75; www.asiansunami.com: 76; Eranga Jayawardena/AP: 77 o.; Thomas White/Reuters/Corbis: 77 u.; Kieran Doherty/Reuters/Corbis: 78 o.; Yves Herman/Reuters/Corbis: 78 u.; Sriyantha Walpola/The New York Times: 79 o.; Tom Pietrasik/Corbis: 79 u.; Ezequiel Scagnetti/laif: 80/81; privat: 84; Francesco Broli/WFP/AP: 85; Arko Datta/Reuters/Corbis: 86/87

NACH DER FLUT: John Stanmeyer/VII: 88/89; Nick Moir/Fairfax Photos: 90/91; Romeo Ranoco/Reuters/Corbis: 92/93; Kieran Doherty/Reuters/Corbis: 94/95, 100/101; Romeo Gacad/AFP/Getty Images: 96/97, 107; Kin Cheung/Reuters/Corbis: 98/99; Unicef/Sipa Press: 102 l.; Yuriko Nakao/Reuters/Corbis: 102/103; Eugene Hoshiko/AP: 104 o.; Darren Whiteside/Reuters/Corbis: 104 u., 114; James Nachtwey/VII: 106; Palani Mohan/Getty Images: 106/107; Kazuhiro Nogi/AFP/Getty Images: 108; Koji Sasahara/AP: 110 o.; John Smock/Sipa Press: 110 u.; Arnaud Brunet/Gamma: 113; Steffen Schmidt/Keystone CH/dpa: 115

DER SCHRECKEN, DER NIE ENDET: Paula Bronstein/Getty Images: 116/117, 120, 121 u.; Arko Datta/Reuters/Corbis: 118; Luis Enrique Ascui/Reuters/Corbis: 119; Emmanuel Dunand/AFP/Getty Images: 121 o.

BITTERE LEKTIONEN: Benjamin Lowy für The New Yorker/Corbis: 122/123, 124/125; Seth E. Peterson/www.news.navy.mil: 126/127; Tyler Hicks/The New York Times: 129; Lana Stivar/Reuters/Corbis: 130; Benjamin Lowy/Corbis: 133; Chris McGrath/Getty Images: 134; Bazuki Mohamad/Reuters/Corbis: 138

DOSSIER: AKG: 149; QuickBird/DigitalGlobe: 150 o., 152; Ikonos/Space Imaging/CRISP Singapore: 150 u.; Ikonos/DLR: 151 o., 155; AFP/Getty Images: 151 u.; Ikonos/Space Imaging: 156; CRISP Singapore: 156/157; NRSA: 157

VORSCHAU: SV-Bilderdienst

VORSATZ HINTEN: Arko Datta/Reuters/Corbis

KARTEN UND ILLUSTRATIONEN: Stefanie Peters und Thomas Wächter: 51, 52; Rainer Droste und Thomas Wächter: 140/141; Thomas Wächter: 141 o., 144 u., 153, 154 r.; infographic.de/Jan Schwachow: 142/143, 144/145; Rainer Droste: 150 l. o., 151, 152 l. o., 154 l. o., 156 l. o., 157; Jochen Stuhmann: 146

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung.

© GEO 2005, Verlag Gruner + Jahr, Hamburg, für sämtliche Beiträge.

Einem Teil unserer Auflage liegen folgende Beilagen bei: Verlag für die Deutsche Wirtschaft, World Vision und GEOEPOCHE.

GEOEPOCHE

DAS MAGAZIN FÜR GESCHICHTE

Gruner + Jahr AG & Co KG, Druck- und Verlagshaus, Am Baumwall 11, 20459 Hamburg, Postanschrift für Verlag und Redaktion: 20444 Hamburg, Telefon 040/37 03-0, Telefax 040/37 03 56 48, Telex 21 95 20, E-Mail (Redaktion): briefe@geo.de; Internet: www.GEO.de

HERAUSGEBER

Peter-Matthias Gaede

CHEFREDAKTEUR

Michael Schaper

GESCHÄFTSFÜHRENDE REDAKTEURE

Cay Rademacher (Text), Jutta Krüger (Art Direction)

BILDREDAKTION: Christian Gargler

Freie Mitarbeit: Susanne Döthling, Roman Rahmacher

ART DIRECTOR: Johannes Dönges

LAYOUT Freie Mitarbeit: Melanie Wolter

TEXTREDAKTION: Dr. Anja Herold

DOKUMENTATION: Olaf Mischer;

Dr. Arno Nehlsen; freie Mitarbeit: Dr. Susmita Arp, Jens-Rainer Berg, Gürsöz Dogtas, Kirsten Pörschke, Dr. Ulrike Schimming, Andreas Sedlmair, Petra Wiechmann

MITARBEITER DIESER AUSGABE

Susanne Krieg, Jens Schröder
Freie Mitarbeit: Nele Banser, Dr. Christine Beil, Helge Bendl, Ralf Beste, Jürgen Bischoff, Andrea Böhm, Patrick Hollstein, Dr. Patrick Lagadec, Dr. Erwin Lausch, Franz Lenze, Dr. Martin Lindner, Philipp Maußhardt, Dr. Karl Wolfgang Menck, Juliane von Mittelstaedt, Dr. Kay Möller, Alex Rühle, Andreas Sanders, Dorothee Schwarz, Jochen Stuhmann, Dr. Christian Wagner, Tilman Wörtz

KARTOGRAPHIE: Rainer Droste, Stefanie Peters

Freie Mitarbeit: Thomas Wächter

SCHLUSSREDAKTION: Dirk Krömer; Hinnek Seelhoff

Freie Mitarbeit: Jan Pust; Assistenz: Hannelore Koehl

HONORARE: Petra Schmidt

REDAKTIONSASSISTENZ: Ursula Arens

GEO-BILDARCHIV

Bettina Behrens, Gunda Lerche, Gudrun Lüdemann, Peter Müller

REDAKTIONSBURO NEW YORK:

Nadja Masri (Leitung), Brigitte Barkley, Wilma Simon, Anuschka Tomat (Sekretariat), 375 Lexington Avenue, New York, NY 10017-5514, Tel. 001-212-499-8100, Fax 001-212-499-8105, E-Mail: geo@geo-ny.com

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt:

Michael Schaper

VERLAGSLEITUNG: Dr. Gerd Brüne, Ove Saffé

ANZENLEITUNG: Anke Wiegand

VERTRIEBSLEITER: Markus Böhler

MARKETINGLEITER: Florian Wagner

HERSTELLER: Peter Grimm

ANZEIGENABTEILUNG Anzeigenverkauf: Thorsten Treppe,

Tel. 040/37 03 29 32, Fax: 040/37 03 57 73

Anzeigendisposition: Wolfgang Rüders,

Tel. 040/37 03 38 24, Fax: 040/37 03 57 73

Es gilt die GEO-Anzeigenpreisliste Nr. 1/2005

HEFTPREIS: 8,00 Euro • ISBN-Nr. 3-570-19663-1 • © 2005 Gruner + Jahr, Hamburg. Bankverbindung: Deutsche Bank AG Hamburg, Konto 0322800, BLZ 200 700 00

DRUCK: MOHN Media, Gütersloh

Printed in Germany

GEO-LESERSERVICE

FRAGEN AN DIE REDAKTION

Telefon: 040/37 03 20 73, Telefax: 040/37 03 56 48

E-Mail: briefe@geo.de

ABONNEMENT- UND EINZELHEFTBESTELLUNG

ABONNEMENT DEUTSCHLAND

Jahres-Abonnement: 27,60 €

BESTELLUNGEN:

Gruner + Jahr AG & Co KG

GEO-Kundenservice

20080 Hamburg

Telefon: 01805/861 8003

(12 Cent/Min.)

KUNDENSERVICE ALLGEMEIN:

Mo - Fr 7.30 bis 20.00 Uhr

Sa 9.00 bis 14.00 Uhr

Telefon: 01805/861 8003

(12 Cent/Min.)

Telefax: 01805/861 8002

(12 Cent/Min.)

E-Mail: geo-service@guj.de

ABONNEMENT ÖSTERREICH

GEO-Kundenservice

Postfach 5, A-6960 Wolfurt

Telefon: 0820/00 10 85

Telefax: 0820/00 10 86

E-Mail: geo@abo-service.at

ABONNEMENT SCHWEIZ

GEO-Kundenservice

Postfach, CH-6002 Luzern

Telefon: 041/329 22 20

Telefax: 041/329 22 04

E-Mail: geo@leserservice.ch

ABONNEMENT ÜBRIGES AUSLAND

GEO-Kundenservice, Postfach, CH-6002 Luzern;

Telefon: 0041-41/329 22 20, Telefax: 0041-41/329 22 04

E-Mail: geo@leserservice.ch

BESTELLADRESSE FÜR

GEO-BÜCHER, GEO-KALENDER, SCHUBER ETC.

DEUTSCHLAND

GEO-Versand-Service

Werner-Haas-Straße 5

74172 Neckarsulm

Telefon: 01805/06 20 00

(12 Cent/Min.)

Telefax: 01805/08 20 00

(12 Cent/Min.)

E-Mail: service@guj.com

SCHWEIZ

GEO-Versand-Service 50/001

Postfach 1002

CH-1240 Genf 42

ÖSTERREICH

GEO-Versand-Service 50/001

Postfach 5000

A-1150 Wien

BESTELLUNGEN PER TELEFON UND FAX FÜR ALLE LÄNDER

Telefon: 0049-1805/06 20 00, Telefax: 0049-1805/08 20 00

E-Mail: service@guj.com